

**Behörden Spiegel:** Herr Voß, zu Jahresbeginn haben Sie den Vorsitz im Arbeitskreis vier der Innenministerkonferenz übernommen, der sich mit Verfassungsschutzthemen beschäftigt. Welche Punkte stehen auf Ihrer Agenda?

**Voß:** Es gibt einige Punkte, die ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Ländern angehen möchte. So ist es wichtig zu klären, wie die künftige Sicherheitsarchitektur zwischen Bund und Ländern gestaltet und die Zusammenarbeit im Verfassungsschutzverbund verbessert werden kann. Außerdem gilt es zu diskutieren, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Zentralstellenfunktion künftig noch besser als bisher ausüben kann.

**Behörden Spiegel:** Es gibt den Vorschlag, den Verfassungsschutz in Deutschland zu zentralisieren. Was hatten Sie davon?

**Voß:** Ich plädiere dafür, die Phantomdiskussion über eine Zentralisierung des Verfassungsschutzes zu beenden. Genauso gut könnte man darüber philosophieren, die Länderpolizeien aufzulösen. Aus Sicht der Länder ist eine reine organisatorische Zentralisierung fachlich nicht sinnvoll – denken Sie an die weiterhin notwendige regionale Kompetenz oder an die verfassungsrechtlichen Probleme einer parlamentarischen Kontrolle.

Zudem bin ich der Überzeugung, dass eine Zentralisierung politisch nicht durchsetzbar wäre. Diese Ideen sollten endlich ad acta gelegt werden. Aber natürlich müssen wir darüber reden, wie wir uns innerhalb

## Verfassungsschutz nicht zentralisieren

Chef des Hamburger Landesamtes will Diskussionen beenden

(BS) Torsten Voß ist der neue Vorsitzende des Verfassungsschutz-Arbeitskreises in der Innenministerkonferenz (IMK). Im Gespräch mit dem Behörden Spiegel erläutert er seine Agenda und äußert sich eindeutig zu der Frage, ob der Verfassungsschutz in Deutschland zentralisiert werden sollte. Die Fragen stellten R. Uwe Proll und Marco Feldmann.

des Verfassungsschutzverbundes effektiver unterstützen, einander aushelfen und bei bestimmten Aufgaben besser miteinander arbeiten können.

**Behörden Spiegel:** Welche weiteren Themen wollen Sie voranbringen?

**Voß:** Ein weiteres Thema technischer Art ist die Überwachung der modernen Kommunikationsmittel, wenn sie von Extremisten genutzt werden. Die verschlüsselte Kommunikation, zum Beispiel bei WhatsApp, ist weiterhin eine große Herausforderung.

Außerdem ist mir wichtig, die Bedeutsamkeit menschlicher Quellen zu unterstreichen. Wir können bei der Aufklärung extremistischer Szenen auf sie nicht verzichten. Ein konkretes Beispiel aus der Praxis sind rechtsextremistische Veranstaltungen, bei denen der Einsatz von Quellen aus meiner Sicht unerlässlich ist.

**Behörden Spiegel:** Die Verfassungsschutzbehörden in den einzelnen Ländern unterscheiden sich erheblich. Wie kann dieses Ungleichgewicht ausgeglichen werden?

**Voß:** Zahlreiche Behörden werden personell und materiell aufgestockt – das ist angesichts der Bedrohungslage gut und richtig. Zudem gilt es bei



Torsten Voß steht seit August 2014 an der Spitze des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz. Seit Jahresbeginn ist der ausgebildete Polizeibeamte auch Vorsitzender des Arbeitskreises vier der Innenministerkonferenz, der sich mit Verfassungsschutzthemen beschäftigt.

Foto: BS/Feldmann

der bereits angesprochenen vernünftigen Ausgestaltung der Zentralstellenfunktion des Bundesamtes zu schauen, wer sinnvollerweise welche Aufgaben übernehmen kann. Bei operativen Maßnahmen, zum Beispiel Observationen, könnte das Bundesamt kleinere Länder stärker unterstützen.

Kleinere Verfassungsschutzbehörden haben im Übrigen einen unschätzbaren Vorteil: Sie verfügen über die regionalen Spezialkenntnisse und haben den unmittelbaren Kontakt zu den übrigen Behörden vor Ort. Auf diese Kenntnisse können

wir bei der Extremismusbekämpfung nicht verzichten.

**Behörden Spiegel:** Was halten Sie von Schwerpunktbildungen bei einzelnen Verfassungsschutzbehörden?

**Voß:** Ich halte eine vernünftige Aufgabenteilung für sehr sinnvoll. So strebt das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits jetzt Verwaltungsvereinbarungen mit einzelnen Ländern an. Bestimmte Aufgaben, die eine enorme Kapazität erfordern oder einen länderübergreifenden Charakter haben, sollten durchaus vom Bundesamt wahrgenommen werden können.

Im Bereich der Spionageabwehr geschieht das bereits – Spionagefälle betreffen sehr häufig mehrere Länder und den Bund gleichermaßen. In den Bereichen der Cyber-Sicherheit, die den Verfassungsschutz betreffen, kann ich mir ein federführend verantwortliches Bundesamt gut vorstellen.

**Behörden Spiegel:** Ein großes Thema war und ist der G20-Gipfel. Gab es in dessen Vorfeld ausreichend Hinweise des Nachrichtendienstes zum Gefährdungspotenzial?

**Voß:** Wir haben vor dem G20-Gipfel über bestimmte Gruppierungen und bestimmte Veranstaltungen informiert, die wir für problematisch gehalten haben. Darunter waren der gewaltorientierte, marxistisch-leninistische Rote Aufbau Hamburg, die interventionistische Linke und die autonome Szene rund um die Rote Flora.

Auch haben wir, was bundesweite Aufmerksamkeit erregte, die Namen verantwortlicher Linksextremisten genannt: Halil Simsek, Emily Laquer, Andreas Blechschmidt, Andreas Beuth. Sie finden diese Einschätzungen auch heute noch offen zugänglich auf unserer Homepage. Außerdem haben wir schon im Vorfeld des Gipfels deutlich gemacht, dass die Übernachtcamps auch Anlaufpunkte für militante Linksextremisten sein könnten. Genau so ist es zum Teil gekommen. Als ein Camp in Hamburg verboten werden sollte, hat uns ein Verwaltungsgericht recht gegeben – die weiteren Instanzen teilten unsere, im Nachhinein richtige, Einschätzung leider nicht. Ebenso präzise war unsere Prognose hinsichtlich der Zahl gewaltorientierter Linksextremisten. Wir hatten bis zu 8.000 Personen aus diesem

Spektrum vorausgesagt. Diese Zahl wurde nahezu erreicht.

**Behörden Spiegel:** Lagen diese Informationen der Polizei vor?

**Voß:** Wir haben unsere Erkenntnisse im Rahmen der gesetzlichen Übermittlungsvorschriften an die Polizei weitergegeben und haben gut mit den Kollegen zusammengearbeitet. Das fand dann auch in dem Umstand Ausdruck, dass im Vorfeld des Gipfels nur ein Lagebild erstellt wurde, und zwar von der Polizei, und darin flossen unsere Informationen ein.

**Behörden Spiegel:** Welche weiteren Erkenntnisse zum G20-Gipfel haben Sie?

**Voß:** Es hat sich gezeigt, dass bestimmte Aktionen während des Gipfels auch spontan und unabgesprochen stattgefunden haben. Es gab nicht nur konzentrierte Aktionen, sondern einiges entstand auch aus der Dynamik der Situation heraus. Das macht es für die Sicherheitsbehörden im Vorfeld natürlich sehr schwer, dies vorauszuahnen. Des Weiteren wurden zahlreiche Straftaten mit großer Wahrscheinlichkeit von Extremisten aus dem Ausland, unter anderem aus Italien und Skandinavien, begangen, die einfach nur Randalen in Hamburg machen wollten – ohne Rücksicht auf irgendeine wie auch immer geartete antikapitalistische oder kommunistische Begründung und, ganz wichtig: ohne Rücksicht auf die Vermittelbarkeit der Taten in der Öffentlichkeit.

Die ungekürzte Fassung des Interviews finden Sie auf [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de); Suchbegriff: Phantomdiskussion.

*„Ich plädiere dafür, die Phantomdiskussion über eine Zentralisierung des Verfassungsschutzes zu beenden.“*